An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Neuerlass einer Informationsverordnung (InfV)

Anträge:

1. Es wird eine Informationsverordnung gemäss Anhang erlassen.
2. Die Verordnung tritt auf den 1. März 2019 in Kraft.

Weisung:

1. Ausgangslage

Am 1. Oktober 2008 trat das kantonale Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG) in Kraft. Damit verbunden war die Einführung des Öffentlichkeitsprinzips im Kanton und bei den Zürcher Gemeinden. Das bedeutet unter anderem, dass Interessierte seither grundsätzlich einen Anspruch auf Einsicht in amtliche Informationen besitzen. Ausnahmen von diesem Grundsatz sieht das kantonale Recht nur dann vor, wenn eine gesetzliche Bestimmung den Zugang ausdrücklich einschränkt oder im Rahmen einer Interessenabwägung überwiegende öffentliche bzw. private Interessen einer Einsichtnahme entgegenstehen.

Der Stadtrat hat im Jahr 2008 Massnahmen zur Umsetzung des kantonalen Rechts in der Stadtverwaltung beschlossen. Die entsprechende Richtlinie regelt hauptsächlich die korrekte Bearbeitung von Einsichtsgesuchen, indem einheitliche Bearbeitungsstandards festgelegt sowie Anlauf- und Bearbeitungsstellen bestimmt wurden. Mit dem vorliegenden Antrag sollen die vom Stadtrat im Jahr 2008 beschlossenen Massnahmen durch eine vom Grossen Gemeinderat erlassene Verordnung ersetzt werden. Darüber hinaus enthält der neue Erlass auch Vorgaben zur aktiven Informationstätigkeit von Amtes wegen.

2. Inhalt der Informationsverordnung im Überblick

Die neue Informationsverordnung regelt in einem ersten Teil die aktive Information durch die städtischen Behörden. So wird beispielsweise festgehalten, dass Stadtratsbeschlüsse neu in der Regel online zugänglich sind. Im Weiteren soll von der seit Anfang des Jahres 2018 bestehenden Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, amtliche Publikationen rechtlich verbindlich auf der städtischen Webseite zu veröffentlichen. Die Stadt wird auch verpflichtet, auf ihrer Webseite ein aktuelles Behördenverzeichnis zu führen, das Auskunft über die personelle Zusammensetzung städtischer Behörden gibt. Die neue Verordnung legt zudem erstmals auch für die städtischen Exekutivbehörden fest, welche Interessenbindungen Mitglieder zwingend zu veröffentlichen haben.

In einem zweiten Teil regelt die Verordnung die Zuständigkeit bei Einsichtsgesuchen in Informationen von Behörden und Verwaltung. Es wird zudem festgehalten, dass solche Gesuche möglichst formlos entgegenzunehmen und auch zu behandeln sind.

3. Zu den einzelnen Bestimmungen

Art. 1 Gegenstand

Die Informationsverordnung richtet sich an städtische Behörden. Gemeindebehörden im Sinn von § 5 Abs. 1 lit. c. des Gemeindegesetzes (GG) sind der Stadtrat, die Schulpflege sowie eigenständige Kommissionen. Letztere handeln in ihrem Aufgabenbereich anstelle des Stadtrats und treten gegenüber Dritten hoheitlich auf.

Art. 2 Grundsätze der Informationstätigkeit

Hier wird festgehalten, dass die Öffentlichkeit über die Tätigkeit der städtischen Behörden umfassend und sachlich informiert wird. Über Tätigkeiten von allgemeinem Interesse haben Behörden von sich aus zu informieren, in den übrigen Fällen auf entsprechendes Gesuch hin. Informationen über politische Belange sollen grundsätzlich nicht durch die Verwaltung, sondern durch die zuständige Behörde gegeben werden.

Art. 3 Veröffentlichung von Stadtratsbeschlüssen

Die Beschlüsse des Stadtrats sollen neu kurz nach dem jeweiligen Entscheid, spätestens innert 30 Tagen, auf der städtischen Webseite zugänglich gemacht werden. Publiziert werden sämtliche dem IDG unterstehenden Stadtratsbeschlüsse, wenn einer Veröffentlichung keine rechtliche Bestimmung oder ein überwiegendes öffentliches oder privates Interesse entgegensteht (vgl. § 23 Abs. 1 IDG).

Von einer Publikation generell ausgenommen sind insbesondere Personalgeschäfte, Rechtsmittelfälle, Einbürgerungsgeschäfte sowie Vergabeentscheide. Ebenfalls nicht veröffentlicht werden Geschäfte, die inhaltlich nicht dem IDG unterstehen. Das sind beispielsweise Stadtratsbeschlüsse, bei denen die Stadt am wirtschaftlichen Wettbewerb teilnimmt und dabei nicht hoheitlich handelt. Im Weiteren werden in der Regel Zwischenentscheide oder Entscheide zu pendenten Geschäften nicht auf der Webseite zugänglich gemacht. Der Stadtrat erlässt gemäss Art. 3 Abs. 3 Ausführungsvorschriften, die auch Fälle regeln, bei denen Stadtratsbeschlüsse im Ausnahmefall nur teilweise oder mit zeitlicher Verzögerung publik gemacht werden können.

Art. 4 Amtliche Publikation

Seit 1. Januar 2018 haben die Zürcher Gemeinden aufgrund des neuen Gemeindegesetzes und der kantonalen Gemeindeverordnung (VGG) die Möglichkeit, amtliche Publikationen rechtswirksam im Internet zu veröffentlichen. Die Gemeinden haben dabei eine geeignete Aufschaltplanung einzurichten, damit die Adressaten den Zeitpunkt der Publikation vorhersehen können, um rechtzeitig Rechtsmittel zu ergreifen. Heute werden die amtlichen Veröffentlichungen hauptsächlich im «Landboten» publiziert.

Diverse Zürcher Gemeinden, auch Nachbargemeinden der Stadt Winterthur, haben die elektronische Publikation bereits eingeführt. Vorteilhaft ist dabei, dass auch Adressaten die entsprechenden amtlichen Publikationen im Internet einsehen können, die über keinen Zugang zum «Landboten» verfügen. Daneben kann die Stadt ihre amtlichen Publikationen übersichtlicher, länger und rascher zugänglich machen als heute.

In Absatz 1 wird festgehalten, dass neu die amtliche Veröffentlichung auf der städtischen Internetseite massgebend ist. Die Verwaltung hat sicherzustellen, dass auf dieser Internetseite

publizierte Dokumente nicht mehr verändert werden können. Neu ist der Tag der Publikation im Internet für die Rechtsmittelfrist ausschlaggebend, nicht mehr der Veröffentlichungstag im «Landboten».

Amtliche Publikationen sollen in der Regel an jedem Wochentag auf der städtischen Internetseite publiziert werden können, was der heutigen Regelung im «Landboten» entspricht. In Absatz 2 erfolgt diesbezüglich jedoch eine Einschränkung: In den wichtigen Bereichen der Rechtsetzung (Rechtsverordnungen und Allgemeinverfügungen) und der politischen Rechte sollen die Veröffentlichungen auf der städtischen Webseite jeweils am Freitag erfolgen. Das führt dazu, dass beispielsweise Verordnungsänderungen oder Publikationen im Bereich Wahlen/Abstimmungen mit kurzen Rechtsmittelfristen nur am Freitag erscheinen.

Gemäss Absatz 3 lit. a. sind Ausnahmen von diesen Publikationsregeln zulässig, wenn das übergeordnete Recht oder besondere Bestimmungen eine andere Weise der amtlichen Publikation vorschreiben (z.B. die zwingende Veröffentlichung im kantonalen Amtsblatt oder auf www.simap.ch im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens). Amtliche Publikationen in den Bereichen Rechtsetzung und politische Rechte sind gemäss lit. b. ausnahmsweise an anderen Wochentagen als am Freitag zulässig, wenn «ausserordentliche» Verhältnisse geltend gemacht werden können. Das kann neben besonderer Dringlichkeit beispielsweise auch ein Feiertag sein, der auf einen Freitag fällt.

Absatz 4 wiederholt den bereits heute gültigen Grundsatz, dass eine amtliche Publikation als bekannt gilt, sobald sie korrekt veröffentlicht wurde. Mit einer umfassenden Auflistung auf der städtischen Webseite soll sichergestellt werden, dass Interessierte sich rasch einen Überblick über die neusten Publikationen verschaffen können. Auch wenn die amtliche Veröffentlichung neu rechtswirksam im Internet erfolgt, bedeutet dies nicht, dass keine Veröffentlichungen mehr im «Landboten» erfolgen. Die Publikation in der Zeitung stellt dann aber eine reine Information dar. Für die Rechtsmittelfristen massgebend wird die Internetveröffentlichung sein (Absatz 5). Wie bereits heute besteht weiterhin die Möglichkeit, die amtlichen Publikationen während der laufenden Rechtsmittelfrist bei der Stadtverwaltung kostenlos einzusehen (Abs. 6).

Art. 5 Sammlung des kommunalen Rechts

Sämtliche Zürcher Gemeinden sind verpflichtet, eine systematische Rechtssammlung zu führen (§ 6 Abs. 2 GG). Die im Internet aufzuschaltende Sammlung umfasst die Gemeindeordnung, Gemeinde- und Behördenerlasse sowie die rechtsetzenden Verträge (§ 2 VGG). Eine solche Rechtssammlung ist bereits heute auf der städtischen Webseite zugänglich. In einem derzeit laufenden Projekt wird diese Rechtssammlung modernisiert und professionalisiert. Nutzerinnen und Nutzer werden noch in diesem Jahr von erweiterten Abfrage- und Suchmöglichkeiten profitieren können. Neben der systematischen Rechtssammlung wird auch eine chronologische Sammlung der Rechtserlasse eingeführt werden. Absatz 4 weist speziell darauf hin, dass – wie bisher – Verwaltungsverordnungen im Sinn von § 41 Abs. 2 Ziff. 7 der Gemeindeordnung nicht in der systematischen Rechtssammlung erfasst werden.

Stimmt der Inhalt der systematischen Sammlung nicht mit der amtlich publizierten Fassung überein, gilt die Fassung der amtlichen Publikation. Enthielt Letztere einen inhaltlichen Fehler, muss der Erlass erneut amtlich publiziert werden (Abs. 5). Die Stadtkanzlei wird gleichzeitig ermächtigt, formale Fehler (wie falsche Verweisungen oder Rechtschreibfehler) in Übereinstimmung mit der erlassenden Behörde formlos zu korrigieren (Abs. 6). Bei Erlassen des Grossen Gemeinderates erfolgt dies in Absprache mit der Ratsleitung.

Art. 6 Behördenverzeichnis

Bis vor wenigen Jahren hat die Stadt ein Behördenverzeichnis geführt, das über den Bestand und die Zusammensetzung wichtiger städtischer Behörden und Kommissionen Auskunft gab. Im Rahmen der Sparmassnahme «effort 14+» wurde die Erstellung dieses gedruckten Behördenverzeichnisses eingestellt. Da es aber weiterhin einem verbreiteten Bedürfnis entspricht, aktuelle Auskünfte über den Bestand und die personelle Besetzung der städtischen Behörden zu erhalten, soll ein entsprechendes Verzeichnis auf der städtischen Internetseite aufgeschaltet und aktuell gehalten werden.

Art. 7 Interessenbindungen

Das seit 1. Januar 2018 geltende Gemeindegesetz verpflichtet die Behörden, ihre Interessenbindungen offen zu legen (§ 42 Abs. 2 GG). Eine entsprechende Vorschrift sieht das kantonale Recht auch für die Mitglieder des Grossen Gemeinderates vor (§ 29 Abs. 2 GG). Der Grosse Gemeinderat legt seine Interessenbindungen in Übereinstimmung mit Art. 18a der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates bereits seit etlichen Jahren offen. Auf der Internetseite <http://gemeinderat.winterthur.ch> sind bei jedem Ratsmitglied dessen Interessenbindungen ersichtlich. Neu sollen auch der Stadtrat sowie die Mitglieder der Schulpflegen und von eigenständigen Kommissionen ihre Interessenbindungen offenlegen. Absatz 2 listet auf, was unter einer zu deklarierenden Interessenbindung zu verstehen ist. Neben der beruflichen Tätigkeit bei Behördenämtern im Teilzeitpensum sind dies namhafte Beteiligungen an Unternehmen sowie Tätigkeiten in Führungs- und Aufsichtsgremien in juristischen Personen, Anstalten und Stiftungen. Im Übrigen sind dauernde Leitungsfunktionen in Interessengruppen und die Mitwirkung in Kommissionen bzw. Organen des Bundes, des Kantons oder einer Gemeinde offenzulegen. Die Aufzählung ist nicht abschliessend.

Art. 8 Verzeichnis der Informationsbestände

Diese Bestimmung wiederholt die Vorgabe des kantonalen Rechts, wonach jede Gemeinde ein «Verzeichnis der Informationsbestände» zu führen und zu veröffentlichen hat (§ 14 Abs. 4 IDG). Dieses Verzeichnis, welches periodisch aktualisiert wird, existiert bereits heute und kann auf der städtischen Internetseite angesehen werden. Es enthält Angaben über die städtischen Aufgabenbereiche und die entsprechenden Datensammlungen (§ 6 Verordnung über die Information und den Datenschutz [IDV]).

Art. 9 Publikation bei besonderen Personendaten

Werden auf der städtischen Internetseite besondere Personendaten amtlich publiziert, ist deren Zugänglichmachung einzuschränken. Nach Ablauf der Rechtsmittelfrist einer amtlichen Publikation überwiegt das private Interesse, die veröffentlichten besonderen Personendaten bald aus dem Internet zu entfernen.

Art. 10 Zuständigkeit für Informationsgesuche

Was bisher in einer Verwaltungsverordnung festgehalten wurde, soll neu Bestandteil der vorliegenden Verordnung sein. Für die Bearbeitung von Informationszugangsgesuchen ist diejenige städtische Stelle verantwortlich, die inhaltlich für die angefragte Information zuständig ist. Sind mehrere Verwaltungsstellen involviert, sprechen sich diese über die Gesuchsbehandlung ab. Richten sich Einsichtsgesuche an eine Behörde oder an ein Behördenmitglied hat diese bzw. dieses eine allfällige Antwort der Verwaltung vorgängig zu autorisieren.

Art. 11 Form des Gesuchs

Informationszugangsgesuche sollen möglichst formlos eingereicht werden können. Dies entspricht der langjährigen und bewährten Praxis in der Stadt Winterthur. Sehr häufig treffen solche Gesuche per E-Mail ein und können dann auch auf gleichem Weg unkompliziert und rasch beantwortet werden. Eine ausdrückliche Authentifizierung mittels Unterschrift oder elektronischer Signatur wird nur dann verlangt, wenn dies im Einzelfall zwingend notwendig

ist. Ein Gesuch muss gemäss § 7 und 16 der Verordnung über die Information und den Datenschutz (IDV) schriftlich eingereicht werden, wenn

- eine Anhörung betroffener Dritter erforderlich ist,
- vertiefte Abklärungen notwendig sind, und
- die Gesuchsbearbeitung mit besonderem Aufwand verbunden ist,
- der Zugang zu den eigenen Personendaten verlangt wird.

Art. 12 Meinungsbildungsprozess

Wie schon heute, sind auch in Zukunft Anträge, Mitberichte, Beschlussnotizen, Protokolle und andere Stellungnahmen von einzelnen Behördenmitgliedern und Verwaltungsstellen nicht öffentlich zugänglich. Eine Bekanntgabe ist demnach auch nach der Beschlussfassung durch die zuständige Behörde ausgeschlossen. Diese Regelung entspricht der kantonalen Handhabung in der Verordnung über die Information über den Datenschutz (§ 2 Abs. 2).

Art. 13 Auskunft bei pendenten Geschäften

Im Fall von pendenten Rechtsverfahren richtet sich das Zugangsrecht zu Informationen nach dem massgeblichen Verfahrensrecht. Bei pendenten Sachgeschäften kann ausnahmsweise Auskunft erteilt werden, wenn die mitgeteilte Information den ausstehenden Entscheid oder die ausstehende Massnahme nicht präjudiziert. Bei dieser Bestimmung handelt es sich um eine Verdeutlichung von § 23 IDG.

Art. 14 Ausführungsbestimmungen

Der Stadtrat kann Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung erlassen. Insbesondere ist die Handhabung und die internen Zuständigkeiten bei der Veröffentlichung von Stadtratsbeschlüssen gemäss Art. 3 dieser Verordnung zu regeln.

4. Inkrafttreten

Diese Verordnung soll auf den 1. März 2019 in Kraft treten.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist dem Stadtpräsidenten übertragen.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

M. Künzle

Der Stadtschreiber:

A. Simon

Verordnung betreffend die Information der Öffentlichkeit über städtische Belange (Informationsverordnung; InfV)

Gestützt auf § 7 des Gemeindegesetzes vom 20. April 2015, § 14 ff. des Gesetzes über die Information und den Datenschutz vom 12. Februar 2007, § 1 Abs. 4 der Verordnung über die Information und den Datenschutz vom 28. Mai 2008 sowie § 28 Abs. 1 Ziff. 6 der Gemeindeordnung vom 26. November 1989 erlässt der Grosse Gemeinderat folgende Verordnung:

1. Allgemeines

Art. 1 Gegenstand

Diese Verordnung regelt die Grundsätze der Information der Öffentlichkeit über städtische Behörden und Belange. Sie richtet sich an die städtischen Behörden und an die Verwaltung.

Art. 2 Grundsätze der Informationstätigkeit

¹ Die Öffentlichkeit wird über die Tätigkeit der städtischen Behörden und der Verwaltung umfassend und sachlich informiert.

² Die Information erfolgt bei Tätigkeiten von allgemeinem Interesse von Amtes wegen, in den übrigen Fällen auf Anfrage hin.

³ Informationen über politische Belange sind grundsätzlich Sache der zuständigen Behörde.

2. Information von Amtes wegen

Art. 3 Veröffentlichung von Stadtratsbeschlüssen

¹ Stadtratsbeschlüsse werden innert 30 Tagen nach Beschlussfassung vollständig auf der städtischen Internetseite veröffentlicht.

² Ausnahmsweise nicht oder nur teilweise veröffentlicht werden Beschlüsse,

- a. wenn eine rechtliche Bestimmung dies verbietet,
- b. wenn ein überwiegendes öffentliches oder privates Interesse einer Bekanntgabe entgegensteht
- c. die eine Sachlage regeln, bei der die Stadt am wirtschaftlichen Wettbewerb teilnimmt und dabei nicht hoheitlich handelt.

³ Der Stadtrat regelt die Einzelheiten.

Art. 4 Amtliche Publikation

¹ Die publikationspflichtigen Akte werden durch die zuständige Verwaltungsstelle auf der städtischen Internetseite unter der Rubrik «Amtliche Publikationen» amtlich veröffentlicht.

² Amtliche Publikationen aus den Bereichen Rechtsetzung und politische Rechte werden jeweils am Freitag amtlich veröffentlicht.

³ Vorbehalten bleiben

- a. besondere Bestimmungen, die eine andere Weise der amtlichen Publikation vorschreiben, oder
- b. die Veröffentlichung von Publikationen gemäss Absatz 2 an einem anderen Wochentag aufgrund ausserordentlicher Verhältnisse.

⁴ Ein Text, der nach den Bestimmungen dieser Verordnung amtlich publiziert wurde, gilt als bekannt.

⁵ Zusätzlich zur massgebenden elektronischen Publikation gemäss Absatz 1 kann die zuständige Behörde publikationspflichtige Akte im «Landboten» veröffentlichen. In diesem Fall ist für Rechtswirkungen allein die elektronische Fassung und Publikation massgebend.

⁶ In amtlich veröffentlichte publikationswirksame Akte kann während ihrer Publikationsdauer bei der Stadtverwaltung kostenlos Einsicht genommen werden.

Art. 5 Sammlung des kommunalen Rechts

¹ Die Stadt Winterthur unterhält eine aktuelle systematische Sammlung des kommunalen Rechts auf der städtischen Internetseite.

² In der systematischen Sammlung werden die folgenden rechtsetzenden und amtlich publizierten Erlasse der Stadt Winterthur in ihrer aktuell geltenden Fassung nach Sachgebieten geordnet aufgeführt:

- a. die Gemeindeordnung,
- b. Verordnungen des Grossen Gemeinderates,
- c. rechtsetzende Erlasse des Stadtrats und der übrigen Exekutivbehörden,
- d. rechtsetzende Abkommen mit anderen Gemeinwesen.

³ Weitere amtliche Erlasse und Abkommen können in der systematischen Sammlung veröffentlicht werden, wenn ein hinreichendes öffentliches Interesse besteht.

⁴ Nicht aufgenommen werden Erlasse von verwaltungsinterner Bedeutung, die im Aussenverhältnis keine direkten Verpflichtungen oder Berechtigungen entstehen lassen.

⁵ Stimmt der Inhalt der systematischen Sammlung nicht mit der amtlichen Publikation überein, gilt die Fassung der amtlichen Publikation.

⁶ Die Stadtkanzlei berichtigt in Übereinstimmung mit der erlassenden Behörde:

- a. sinnstörende formale Fehler, die insbesondere falsche Verweise und gesetzestechnische oder terminologische Unstimmigkeiten aufweisen,
- b. eindeutige Rechtschreib-, Grammatik- oder Darstellungsfehler.

Art. 6 Behördenverzeichnis

Die Stadt unterhält auf ihrer Internetseite ein aktuelles Behördenverzeichnis, das über den Bestand und die personelle Besetzung der städtischen Behörden informiert.

Art. 7 Interessenbindungen

¹ Mitglieder von städtischen Behörden haben ihre Interessenbindungen auf der Internetseite der entsprechenden Behörde offenzulegen.

² Interessenbindungen sind insbesondere:

- a. die berufliche Tätigkeit, falls die Behördentätigkeit im Nebenamt erfolgt,
- b. Beteiligungen an Unternehmen des privaten Rechts, die mindestens 5% des Gesellschaftskapitals oder des Stimmrechts umfassen,
- c. die Tätigkeit in Führungs- und Aufsichtsgremien von juristischen Personen, kommunalen, kantonalen, schweizerischen und ausländischen Anstalten sowie Stiftungen des privaten und öffentlichen Rechts,
- d. dauernde Leitungsfunktionen für kommunale, kantonale, schweizerische und ausländische Interessengruppen,
- e. die Mitwirkung in Kommissionen und anderen Organen des Bundes, des Kantons und der Gemeinden.

Art. 8 Verzeichnis der Informationsbestände

Die Stadtkanzlei veröffentlicht auf ihrer Internetseite ein periodisch zu aktualisierendes Verzeichnis der städtischen Informationsbestände gemäss § 14 Abs. 4 des Gesetzes über die Information und den Datenschutz (IDG).

Art. 9 Publikation bei besonderen Personendaten

Die zuständige Behörde schränkt die Zeitdauer der Zugänglichkeit bei elektronisch publizierten Informationen mit besonderen Personendaten ein.

3. Information auf Gesuch hin

Art. 10 Zuständigkeit für Informationsgesuche

¹ Die Bearbeitung von Informationszugangsgesuchen gemäss dem Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG) erfolgt durch diejenige Stelle, die inhaltlich für die angefragte Information hauptsächlich zuständig ist.

² Betrifft ein Zugangsgesuch mehrere Stellen, sprechen sich diese über die Behandlung des Gesuchs ab und koordinieren die Beantwortung.

³ Verwaltungsstellen informieren vor der Beantwortung das zuständige politische Behördenmitglied oder die zuständige Behörde, wenn die angefragte Information Geschäfte von besonderer Tragweite betrifft. Eine Antwort durch die Verwaltung ist nur mit ausdrücklicher Zustimmung des angefragten Behördenmitglieds oder der angefragten Behörde zulässig.

Art. 11 Form des Gesuchs

¹ Soweit möglich, werden Anfragen formlos entgegengenommen und ebenso behandelt.

² In Fällen, wo das kantonale Recht ein schriftliches Gesuch erfordert, kann das Zugangsgesuch auch elektronisch eingereicht und beantwortet werden.

³ Erfordert der Inhalt des Gesuchs eine Authentifizierung der anfragenden Person, ist ein unterschriebenes Zugangsgesuch einzureichen oder die Identität mit einer elektronischen Signatur nachzuweisen. Der Informationszugang erfolgt in diesem Fall durch Einsichtnahme oder Zustellung von Kopien.

Art. 12 Meinungsbildungsprozess

Anträge, Mitberichte, Beschlussnotizen, Protokolle oder andere Stellungnahmen von Behördenmitgliedern und Verwaltungsstellen bleiben auch nach der Beschlussfassung durch die Behörde von einer Bekanntgabe ausgeschlossen.

Art. 13 Auskunft bei pendenten Geschäften

Bei pendenten Sachgeschäften darf nur Auskunft erteilt werden, wenn die mitgeteilte Information ausstehende Entscheide oder Massnahmen, insbesondere einer Kollegialbehörde oder vorgesetzten Stelle, nicht präjudiziert.

4. Schlussbestimmung

Art. 14 Ausführungsbestimmungen

Der Stadtrat kann Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung erlassen.